



öffentlich

Betreff: Anwohnerparken in der Innenstadt

Einreicher: Fraktionen FDP/Familien-Partei, CDU/ANW

Erstellungsdatum 21.09.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.10.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Innenstadt (Alter Markt bis Hegelallee und Hebbelstraße bis Luisenplatz/Allee nach Sanssouci) die Anwohnerparkbereiche auf einen zu reduzieren und eine Zusammenlegung nebeneinander liegender Anwohnerparkbereiche außerhalb des genannten Bereiches zu prüfen.

gez. Martina Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzende FDP/Familien-Partei

Michael Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU/ANW

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Momentan gibt es in der Innenstadt acht unterschiedliche Parkanwohnerbereiche. Das führt zu der teilweise skurrilen Situation, dass Anwohner nicht um die Ecke Ihrer Wohnung parken dürfen, weil dies ein anderer Anwohnerbereich ist.

Die Innenstadt ist flächenmäßig nicht besonders groß. Die Reduzierung auf einen Anwohnerbereich wäre eine Verwaltungserleichterung und würde den Anwohnern bei der Parkplatzsuche entgegenkommen. Die Gesamtzahl der berechtigten KFZ würde dadurch nicht erhöht, es wäre nur ein flexiblerer Umgang möglich.

Dies gilt auch für Anwohnerbereiche außerhalb der Innenstadt, die nebeneinander liegen.